

# MEDIENMITTEILUNG

Nr. 155 | H | I | 5. April 2022

## **Regierungsrätin Hasler nimmt in Berlin an Unterstützungskonferenz für die Republik Moldau teil**

Gemeinsam mit den Aussenministerinnen und Aussenminister vieler EU-Länder und der G7-Staaten sicherte Regierungsrätin Dominique Hasler in Berlin auch Liechtensteins Unterstützung für die Republik Moldau zu, welche durch grosse Flüchtlingsströme stark vom Krieg in der Ukraine betroffen ist. Regierungsrätin Hasler nutzte die Konferenz zudem für bilaterale Kontakte mit Ministerkolleginnen und Kollegen.

Regierungsrätin Hasler hat auf Einladung der deutschen Aussenministerin Baerbock, des französischen Aussenministers Le Drian und des rumänischen Aussenministers Aureescu am Dienstag, 5. April in Berlin an einer Ministerkonferenz zur Unterstützung der Republik Moldau teilgenommen. Die Republik Moldau ist als direktes Nachbarland der Ukraine sehr stark vom Krieg betroffen, insbesondere durch die grossen Flüchtlingsströme: Bis Anfang April hatten bereits rund 400'000 Flüchtlinge die Grenze nach Moldau überquert, was das Land mit einer Bevölkerungszahl von aktuell ca. 2,6 Millionen Menschen vor enorme Herausforderungen stellt.

Liechtenstein und die Republik Moldau pflegen bereits seit Jahren sehr enge Beziehungen zueinander. Die Republik Moldau ist eines der ärmsten Länder Europas und seit 2007 ein Schwerpunktland der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Liechtensteins. Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) unterhält auch ein Projektbüro vor Ort. Seit 2007 hat Liechtenstein mehr als CHF 11 Mio. für Projekte im Land beigetragen. Mit diesem Engagement vor allem im Berufsbildungsbereich ist Liechtenstein ein wichtiger und sichtbarer Partner der Republik Moldau.

Regierungsrätin Hasler betonte am Dienstag in Berlin, dass Liechtenstein der Republik Moldau auch in der aktuellen Krise beistehen und weitere Unterstützung leisten wird. Zusätzlich zur humanitären Hilfe an die ukrainische Bevölkerung hat Liechtenstein bereits die Aktivitäten des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) in der Republik Moldau mit einem Beitrag von CHF 100'000 unterstützt. Zudem hat die Regierung entschieden, 20 Personen, die aufgrund des Krieges in der Ukraine in die Republik Moldau geflüchtet sind, direkt von dort aufzunehmen.

Am Rande der Konferenz führte Regierungsrätin Hasler auch Gespräche mit der Präsidentin der Moldau sowie den Aussenministerinnen und Aussenministern aus Italien, Norwegen, Österreich, Rumänien und Kanada.